

»Wir sind ein Frontstaat«

Ansichten aus Malta

Silja Klepp

Malta ist das südlichste EU-Land und liegt auf dem Weg, der für Flüchtlinge über Libyen nach Europa führt. Wie die seit 2002 regelmäßig stattfindende Ankunft von irregulären Migranten auf der mit 400.000 Einwohnern dicht besiedelten Insel wahrgenommen wird, hört sich bei meinen maltesischen Interviewpartnern in verschiedenen Spielarten immer wieder ähnlich an: »101 Menschen, die auf Malta anlanden, sind im Verhältnis so viele wie 15.000, die in Italien ankommen.« Oder: »Ein Migrant auf Malta ist wie 200 in Deutschland!« Die Fakten lesen sich weniger dramatisch: Zwischen Januar 2002 und September 2007 sind 8.843 irreguläre Migranten über das Meer nach Malta gekommen. Zum Zeitpunkt meines Forschungsaufenthaltes im Herbst 2007 befanden sich davon 1.705 in geschlossenen Haftzentren, ca. 2.000 in offenen staatlichen Einrichtungen. 1.200 waren bereits in ihre Heimatländer abgeschoben worden.

Durch die Dublin II-Verordnung, die die Zuständigkeit für ankommende Flüchtlinge primär dem EU-Staat zuschreibt, den sie als erstes betreten, ist Malta in den letzten Jahren in Bedrängnis geraten. Zudem verfügt Malta über sehr große »Search and Rescue«-Gebiete (SAR) vor der Küste,

die die Kapazitäten der maltesischen Marine auf die Probe stellen. Im letzten Sommer wurde Malta mehrfach öffentlich dafür kritisiert, die Rettung Schiffbrüchiger unverantwortlich hinausgezögert zu haben, bis die italienische Marine eingegriffen habe.

MENSCHENRECHTE SIND KEIN THEMA

Im Interview mit Mitarbeitern des Innenministeriums (IM) wird deutlich, in welche Richtung die Flüchtlingspolitik Malτας geht: Malta hat ein vitales Interesse an der Zusammenarbeit mit der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX und an der Abschottung gegenüber Libyen. Derzeit wird auf EU- und bilateraler Ebene mit Libyen über die Rückübernahme von Bootsflüchtlingsen verhandelt. Martin Scicluna, einflussreicher Berater des IM in Sachen »illegale Migration«, bringt Maltas Politik im Hinblick auf völker- und menschenrechtliche Vorschriften auf den Punkt: »Wir sind ein Frontstaat und strategisch sehr wichtig gelegen. Wir sehen es so, dass es keine Zurückschiebung ist, wenn wir sie nach Libyen schicken, weil sie ja nicht aus Libyen kommen, sondern aus Eritrea oder Somalia.«

Auf meinen Einwand, Libyen habe kein Asylsystem, entgegnet er: »Wenn man die juristischen Feinheiten beachtet, ist das wohl so. Aber wir müssen die Wirklichkeit sehen. Und Maltas Probleme sind zu groß, um in Libyen nachzufragen, was dort mit den Migranten passiert.«

Malta hat keinerlei Interesse an der Wahrung »juristischer Feinheiten«, wie Scicluna das im internationalen Flüchtlingsrecht verankerte Non-Refoulement-Gebot nennt, das Zurückweisungen ohne eine vorherige Prüfung der Schutzbedürftigkeit verbietet. Auch die Menschenrechtsverletzungen in Libyen sind offensichtlich kein Thema für die maltesische Regierung.

Ich führte Gespräche mit Kommandeuren der Maritime Squadron der Armee, darunter auch dem maltesischen Kommandeur der europäischen FRONTEX-Operation Nautilus II, die 2007 Patrouillen auf Hoher See vorwiegend innerhalb des libyschen »Search and Rescue«-Gebietes (nicht in libyschen territorialen Gewässern) durchführte. Auch hier wurde deutlich, dass das Ziel der Marine vor allem in der völkerrechtlich untersagten Fernhaltung von Flüchtlingen und irregulären Migranten vom EU-Territorium liegt.

Auf meine Frage nach dem Verbleib der im Zuge der Operation geretteten Flüchtlinge erhielt ich widersprüchliche Antworten. So wurde mir von maltesischen Marine-Kommandeuren mit Bedauern versichert, dass es noch nicht möglich sei, Flüchtlinge nach Libyen zurückschieben. Stattdessen würden die Migranten auf Hoher See davor »gewartet«, illegal in die EU einzu-

**Flüchtlingslager
Hal Far auf Malta**

reisen. Mit Gewalt aufhalten würde man sie jedoch nicht. Wenn das Boot in See not sei, würden die Insassen gerettet und nach Italien oder Malta gebracht. Dagegen berichteten mir zwei Mitarbeiter des IM fast stolz, dass 700 Flüchtlinge nach Libyen zurückgebracht worden seien.

HAFT UND UNMENSCHLICHE UNTERBRINGUNG

Die Flüchtlinge auf Malta stammen überwiegend aus Somalia, Sudan, Eritrea und Äthiopien, also aus Kriegs- oder Krisengebieten, und sind dementsprechend schutzbedürftig. Nichtsdestotrotz werden alle ankommenden Flüchtlinge und irregulären Migranten bis zu 18 Monate lang eingesperrt. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge müssen gemeinsam mit Erwachsenen zum Teil wochenlang in den überfüllten Haftzentren ausharren, bis ihr Alter festgestellt wird.

Auch während des Asylverfahrens bleiben Schutzsuchende in Haft. Bis zur Erstanthörung beträgt die derzeitige Wartezeit bis zu einem Jahr. Ist bis dahin noch keine Anhörung erfolgt, werden Asylsuchende aus der Haft entlassen. Wird negativ entschieden, bleiben die Migranten weiterhin inhaftiert. Von zum Teil unerträglichen Zuständen in der Haft berichtete mir Paul Pace, Direktor des Jesuiten Flüchtlingsdienstes auf Malta. Trotz zahlreicher Beanstandungen unter anderem durch das Europäische Parlament werden Männer und Frauen immer noch gemeinsam inhaftiert. Es gibt keinerlei Beschäftigungsmöglichkeiten. Die medizinische Versorgung ist unzureichend, das Essen schlecht, die Räume überfüllt.

Immerhin 50 Prozent aller Asylanträge werden positiv entschieden, entweder durch die Erteilung des Flüchtlingsstatus oder subsidiären Schutzes. Doch auch die anerkannten Flüchtlinge dürfen die Insel nur manchmal in Richtung andere EU-Länder verlassen.

Nicht oder noch nicht anerkannte Flüchtlinge und abgelehnte Migranten werden nach Ablauf der maximalen Haftdauer in

Operation: **Poseidon**, Einsatzgebiet: **Ägäis**

Beteiligte EU-Staaten: **DEU, AUT, BEL, BGR, CYP, ESP, FRA, GRC, NLD, ITA, LVA, MLT, PRT, UK, ROU, SWE**, Budget (Euro): **2,3 Millionen**, Personen »intercepted/diverted« (aufgebracht/abgedrängt)*: **3.405/422**

Operation: **Nautilus**, Einsatzgebiet: **Kanal von Sizilien**

Beteiligte EU-Staaten: **DEU, FRA, GRC, ITA, MLT, PRT, ROU, UK**
Budget (Euro): **5 Millionen**, Personen »intercepted/diverted«: **3.173/k. A.**

Operation: **Minerva**, Einsatzgebiet: **Südöstliche Mittelmeerküste Spaniens**

Beteiligte EU-Staaten: **AUT, BEL, DEU, ESP, FRA, ITA, NLD, POL, PRT, ROU, UK**
Budget (Euro): **450.000**, Personen »intercepted/diverted«: **1.260/1.105**

Operation: **Hermes**, Einsatzgebiet: **Mittelmeer zwischen Algerien und Sardinien**

Beteiligte EU-Staaten: **DEU, ESP, FRA, GRC, ITA, PRT, ROU, UK**
Budget (Euro): **1,9 Millionen**, Personen »intercepted/diverted«: **30/k. A.**

Operation: **Indalo**, Einsatzgebiet: **Südöstliche Mittelmeerküste Spaniens**

Beteiligte EU-Staaten: **DEU, ESP, ITA, FRA, MLT, PRT, ROU**
Budget (Euro): **1,7 Millionen**, Personen »intercepted/diverted«: **309/k. A.**

Operation: **Hera (in 4 aufeinanderfolgenden Operationen)**,

Einsatzgebiet: **Atlantik (zwischen Kanaren und Senegal bzw. Mauretanien)**

Beteiligte EU-Staaten: **DEU, ESP, FRA, ITA, LUX, NL, PRT, SWE, UK**
Budget (Euro): **8,2 Millionen**, Personen »intercepted/diverted«: **8.910/4.686**

* »intercepted/diverted«:
Die präzise Bedeutung der Begriffe bleibt im Unklaren.

AUT	Österreich
BEL	Belgien
BGR	Bulgarien
CYP	Zypern
DEU	Deutschland
ESP	Spanien
FRA	Frankreich
GRC	Griechenland
ITA	Italien
LVA	Lettland
LUX	Luxemburg
MLT	Malta
NLD	Niederlande
POL	Polen
PRT	Portugal
ROU	Rumänien
SWE	Schweden
UK	Großbritannien

so genannte open centres – Zeltstädte – verlegt, die ich besuchen konnte. Die Verhältnisse in der Zeltstadt Hal Far mit 700 Bewohnern hätte ich in Europa nicht für möglich gehalten: In den Zeltplanen, unter denen es im Winter sehr kalt und im Sommer sehr heiß werden kann, sind große Löcher. 24 Personen sind in einem Zelt untergebracht. Es gibt keine Rückzugsmöglichkeiten, Frauen sind regelmäßig sexuellen Belästigungen ausgesetzt. Auch wenn es einigen gelingt, Arbeit und eine Wohnung zu finden, ist die Integration in die maltesische Gesellschaft äußerst schwierig. Viele empfinden Malta deshalb lediglich als eine weitere Zwischenstation auf ihrer oft jahrelangen Reise.

Verschiedene Berichte des EU-Parlaments und von Nichtregierungsorganisationen haben bestätigt, dass die Situation für den Inselstaat und vor allem für die Flüchtlinge und Migranten dort untragbar ist. Malta selbst hat bereits mehrere Appelle und Überlastungsanzeigen an die EU-Kommission und die anderen Mitgliedsländer gerichtet. Dennoch haben die europäischen Staaten bisher keinerlei Malta entlastende Änderungen am europäischen Zuständigkeitssystem, der Dublin II-Verordnung, in Angriff genommen. ■



Hubert Heinhold
»Recht für Flüchtlinge«
6. vollständig überarbeitete Neuausgabe 2007

Der Leitfaden enthält auf aktuellem Stand alles, was Haupt- und Ehrenamtliche über das Asylverfahren wissen sollten. Erläutert werden Rechtswege, Fristen, die Grundlage des materiellen Asylrechts in einer auch für Nicht-JuristInnen verständlichen Form. Hinweise zu den Einzelthemen: Flughafenverfahren, Abschiebungshaft, Zustellungsfrage, Datenschutz und vieles mehr. Neben ausführlichen Hilfestellungen, Formularen etc. sind auch alle relevanten Gesetze wiedergegeben.

■ Bestellmöglichkeit auf Seite 48